Anklageschrift von Ahlwardt, der der Staatsanwaltschaft die Schuld Bleichröder's mit erdrückendem Material nachweise und anderenfalls selbst wegen Beleidigung ꝛc. in Anklagezustand versetzt sein wolle, habe genannte Behörde keinen Anlaß finden können, die Untersuchung wider Bleichröder aufzunehmen. Ahlwardt selbst aber sei auch unbehelligt geblieben. — Redner erläuterte hierauf die Nothwendigkeit, seitens des Staates dem Terminschwindel eiserne Zangen anzulegen. Die Quintessenz einer Reihe nun gegebener Beispiele aus der jüngsten Zeit lautete dahin: „Uns muß bange werden, wenn es so weiter geht als bisher". Im Weiteren kam Redner auf die Lage des heutigen Handwerkerstandes zu sprechen und machte diesen ein gut Theil für seine wenig beneidenswerthe Lage um deswillen verantwortlich, weil er zwar immer Resolutionen fasse und Petitionen ausfertige, niemals aber sich zu praktischer Arbeit erheben könne. Zumal dem besser situirten Handwerker, der noch genug zu besitzen glaube und sich nicht um Andere kümmere, fehle der starke Opfermuth, die Kraft, sich in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Doch dieses Sicherheitsgefühl sei noch lange kein Garantieschein für die Zukunft. So oft habe man es erlebt, daß große christliche Kapitalisten erst von ihren semitischen Freunden fett gefüttert, dann aber bei geeigneter Gelegenheit mit Wollust ausgeschlachtet worden seien. Die freie Hansastadt Hamburg habe die antisemitischen Versammlungen darum untersagt, weil es einen Paragraphen nach einer unruhig verlaufenen Parteiversammlung habe in Anwendung bringen müssen, der wörtlich vorschreibt, daß Versammlungen untersagt werden können, wenn sie die Ruhe stören. (Gelächter.) Allerdings, fuhr Redner fort, werden solche Maßnahmen das Volk mit Unruhe erfüllen. Auf zum Kampf gegen die Obmacht des Judenthums! Schon hat der Antisemitismus im ganzen Land, in Stadt und Dorf, tief Wurzel gefaßt, unausrottbar ist er zu einer mächtigen Volksbewegung geworden! — Am Schluß dieses ersten Theiles seiner Ansprache brachte die Versammlung dem Redner stürmische Beifallskundgebungen. Nach einer Pause wies Herr Zimmermann in von Begeisterung getragener Sprache auf die klassischen Vorbilder unserer Nation hin, auf einen Theodor Körner, der uns ein Muster im Kampfe um's Dasein sein soll, der Gut und Blut, Glück und Liebe für die Idee eingesetzt, bei dem sich Wort und That gedeckt. „Pfui über den Buben, der hinter dem Ofen sitzt!" rufe auch er mit Körner allen Denen zu, die ohne zu handeln Alles an sich herankommen lassen. Eine so gern von den Nachkommen Abraham's angeregte Idee von der Verschmelzung beider Völkerstämme sei ein Unding, denn niemals würden zwei Völker in einander aufgehen können, deren Denk- und Sinnesweise entgegengesetzter Art sei. Redner kam hierauf zur Besprechung der bevorstehenden **Landtagswahlen**, im Besonderen auf die Stellungnahme des Deutschen Reformvereins zu den Dresdner Kandidaten. Bedauerlich sei es, daß in Dresden-Altstadt die sog. Ordnungsparteien keine Einigung erzielt hatten und nicht weniger als 4 Kandidaten in den Landtag einziehen möchten. Zu der Kandidatur Hartwig's, mit dem die Reformer in ernste Kämpfe zu bestehen gehabt hätten, könne der Reformverein sich so lange nicht bekennen, als das Hartwig'sche Wahlkomitee ihm keine Zugeständnisse mache oder Herr Hartwig selbst in offener Rede sich mit den Bestrebungen des antisem. Reformvereins einverstanden erkläre. Man müsse über die Gesinnung Hartwig's erst klar sein, ehe man ihn wählen könne. Das schwankende Parteilose bringe dem deutschen Volke keinen Segen. Redner empfiehlt daher die Wahl **Wetzlich**'s. Dem Reform-Verein liege diesmal aber ganz besonders das Schicksal des **Neustädter Wahlkreises** am Herzen, der bisher in den Händen eines Umsturzkandidaten geruht habe. In diesem schweren Kampfe gegen die Sozialdemokratie sollte es ein jeder Bürger für seine Ehrenpflicht halten, Herrn Commissionsrath Julius Reichardt seine Stimme zu geben, diesem Manne, der seine weitverbreitete Zeitung in einem nationalen Geiste verfassen lasse, welcher allein geeignet sei, das deutsche Volk an seine Pflicht zu gemahnen, und es auf jene krankhaften Stellen aufmerksam mache, wo Hilfe noth thut, einem Manne, der durch eigene Hand und eigenen Geist mit geringen Mitteln eine selbstständige Stellung sich errang und eine Zeitung geschaffen habe, der allerwärts mit Achtung begegnet werde und die ihren Einfluß nicht verfehle. Nur geschlossen zur Urne gegangen, dann werde man zum Sieg über die rothe Internationale in Neustadt verholfen! Auf zur Wahl Reichardt! Mit dem Ausspruch: „An unserm deutschen Wesen mag einst die Welt genesen!" schloß Redner seine mit anhaltendem Applaus belohnte Rede. Die Versammlung endete nach einem Hoch auf Kaiser, König und Vaterland mit dem Gesang von „Deutschland, Deutschland über Alles".

— **Oeffentliche Stadtverordnetensitzung.** Eine lebhafte, dabei ziemlich heitere Debatte entspann sich wegen der Hundesteuer. Die Stadtverordneten haben dem Rath seiner Zeit ein Gesuch des neuen Dresdner Thierschutzvereins mitgetheilt, in welchem die Stadtverordneten ersucht werden, die vom Rathe erneuerte Vorlage, nach welcher die Hundesteuer für jeden Hund auf 15 Mk. jährlich erhöht werden soll, abzulehnen. Der Rath hat zwar Kenntniß von dem Gesuch genommen, aber beschlossen, bei dem wegen Erhöhung der Steuer gefaßten Beschlusse stehen zu bleiben und zwar in der Erwägung, daß vor der durch Ueberhandnahme des Hundehaltens entstehenden größeren Gefährdung von Gesundheit und Leben der Bewohner, namentlich der Kinder, die von dem genannten Vereine in seinem Gesuche besonders betonte Rücksichtnahme auf einzelne Hundeliebhaber und auf die Hunde selbst zurücktreten muß, andererseits aber die empfohlene Einführung eines Unterschiedes zwischen großen und kleinen Hunden in Bezug auf die Besteuerung schon wegen der daraus hervorgehenden geschäftlichen Schwierigkeiten und Zweifel nicht angängig erscheint. Der berichtende diesseitige Rechtsausschuß schlug nun dem Collegium vor, die Rathsvorlage, d. h. die oben bezeichnete Erhöhung der Hundesteuer, abzulehnen, aber dem Rath zur Erwägung anheim zu geben, ob nicht der zweite und jeder weitere Hund in jeder Haushaltung mit je 20 Mk. zu versteuern sein möchte, hiermit aber die Eingabe des neuen Dresdner Thierschutzvereins für erledigt zu erklären. Das Collegium trat dem bei. Die Debatte zeigte im Ganzen eine Hunde- und Hundebesitzer freundliche Stimmung. Da vor Beginn der Sitzung noch eine Eingabe eingebracht worden war, so beantragte Stadtverordneter Gottschall Rückverweisung der Sache an den Rechtsausschuß. Weil jedoch der Inhalt dieser Eingabe mit dem Gesuch des Thierschutzvereines konform geht, so wird der Gottschall'sche Antrag abgelehnt. Stadtverordneter Dr. Wilsch beantragt, alle großen Hunde, mit Ausnahme der Zughunde, mit je 20 Mk. zu besteuern, bei den kleineren es aber beim alten Steuersatz zu belassen. Dieser Antrag findet keine genügende Unterstützung. Stadtverordneter Seyffarth erkennt in der jetzt wieder angeregten Hundesteuererhöhung das Bestreben, zu einer möglichst umfänglichen Verminderung der Hunde überhaupt zu kommen. Es sei jedoch ganz falsch, wenn immer behauptet werde, die Zahl der Hunde in Dresden wachse in's Bedenkliche. Um das zu beweisen, greift er weit zurück. König Anton habe 1831 zum ersten Mal die Erhebung einer Hundesteuer angeregt und beim Rathe der Stadt beantragt; er schlug damals für jeden Hund blos 12 Groschen vor, „damit es nicht böses Blut in der Bürgerschaft mache". Erst 1834 gelangte der Rath dazu, die Steuer wirklich einzuführen und zwar mit 16 Groschen pro Hund. Damals zählte Dresden 70,000 Einwohner und 6000 Hunde und heute, wo es über 300,000 Einwohner aufweist, sind auch nur 6000 Hunde vorhanden. Da könne also von einer bedenklichen Vermehrung der Hunde durchaus nicht die Rede sein, weshalb er die Annahme des Ausschußgutachtens empfehle. Stadtverordneter Mirisch erkennt an, daß die Hunde manchmal zur Plage werden können, aber das seien nur die „ungezogenen Gassenhunde", die sich allein in der Stadt umhertreiben dürften. Wolle man der Vermehrung der Hunde wirksam entgegentreten, da müsse man namentlich die Hündinnen höher besteuern und er beantragte, auch die Hündinnen mit 20 Mk. zu besteuern. Dieser Antrag fand indessen gleichfalls keine Annahme. Stadtrath Hendel vertrat die Rathsvorlage und die oben erwähnten Gesichtspunkte des Rathes, aus denen er eine durchgehende Steuererhöhung für geboten erachte. Daß Beschwerden über Belästigungen durch Hunde genug da seien, stehe fest, und wenn auch von der Wohlfahrtspolizei alles Mögliche geschehe, um Minderung u. s. w. zu schaffen, so ließe sich auf wohlfahrtspolizeilichem Wege doch nicht Alles erzwingen. Er, Redner, habe sich ja da einen Namen gemacht (Heiterkeit); er habe sich d'ran gewöhnt, in Wort und Schrift sich als den „Hunde-Hendel" bezeichnet zu hören (wachsende Heiterkeit), ja er erlebe es oft, daß Dienstmänner, Droschkenkutscher u. s. w. wenn er komme „zu bellen anfingen". (Stürmische Heiterkeit, in die der Redner zuletzt mit einstimmt.) Er werde als Hundefeind betrachtet, aber das sei ganz falsch. Wäre er das, dann würde er nicht dulden, daß in seiner Familie ein Hund gehalten würde und würde diesen Hund, nicht, wie dies der Fall, wirklich lieb haben. Man solle nur dem Rathe beistimmen, denn weitere Beschränkungen des Hundewesens lediglich durch die Wohlfahrtspolizei seien nicht mehr möglich. Ueberdies, von allen Meinungen über Hunde und deren Werth abgesehen, falle für eine Steuererhöhung doch sehr in's Gewicht, daß, wie das schon vorher vom Stadtverordneten Dr. Uhlmann betont wurde, der Steuerertrag für die Stadtkasse bedeutend ergiebiger werde. Jetzt ist das jährliche Ergebniß der Hundesteuer etwas über 50,000 Mk., mit der vom Rathe vorgeschlagenen Erhöhung steigt dasselbe auf über 90,000 Mk., diese 40,000 Mk. mehr könnten recht wohl gebraucht werden und kämen allen Einwohnern zu gut. — Auf Antrag des Stadtverordneten Wokurka wird der Rath um Auskunft darüber ersucht, woran es liegt, daß der Bau der Markthalle so langsam fortschreitet. Mit der Klage darüber steht der Stadtverordnete Wokurka nicht allein da. Oberbürgermeister Dr. Stübel erklärt, man sei zu schnell mit dem Beginn des Baues vorgegangen; es seien die nothwendigen Vorbereitungen ꝛc. noch nicht fertig gewesen und daher habe jetzt eine Verzögerung eintreten müssen. Man müsse daraus lernen, daß man in Zukunft mit der Angriffnahme so großer Bauten noch vorsichtiger und langsamer sein müsse, als bisher. Dies veranlaßte den Stadtverordneten Menz zu äußern: er habe längst gewußt, daß man in Dresden langsam baue, daß es aber nun noch langsamer gehen solle, das setze ihn in Erstaunen. Der Rath wird also nächstens eingehend darthun, warum der wichtige Bau sich so langsam hinschleppt, denn, wie Stadtverordneter Wokurka nach eigener Anschauung berichtet, arbeiteten zur Zeit etwa 20 Leute dort und diese thäten auch nur so und wüßten nicht, was sie sollen; es mache den Eindruck, als seien die Leute nur da, damit es wenigstens nicht ganz wie Stillstand aussähe. — Ein Antrag des Stadtverordneten Mertig: „Collegium wolle den Rath ersuchen, das am 1. Oktober d. J. zu übernehmende, zum Baue der Neustädter Markthalle bestimmte Areal an der Hauptstraße nicht eher umplanken zu lassen, als bis der Bau dieser Halle beginnt" — wird zum Beschluß erhoben. Im Uebrigen ertheilt das Collegium einer Rathsvorlage gemäß seine Zustimmung dazu, daß zu Ostern 1892 an der städtischen Realschule drei neue Stellen für wissenschaftlich gebildete Lehrer mit einem Jahresgehalte von 3600, 2700 und 2400 Mk., sowie eine Stelle für einen seminaristisch gebildeten Lehrer mit einem Jahresgehalte von 2100 Mk. begründet werden, wie ferner noch über einige Gehaltsaufbesserungen u. s. w. berathen wird.

— Die Generalstabsoffiziere des XII. (Königl. sächsischen) Armeekorps und eine Anzahl kommandirter Offiziere aller Waffengattungen versammelten sich gestern in Kamenz zur Theilnahme an einer unter Leitung des Chefs des Generalstabes, Generalmajor v. Treitschke, stattfindenden etwa 11tägigen **Generalstabsreise.**

— Gestern fand — wie das „Dresdn. Journal" berichtet — unter dem Vorsitze Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers Dr. v. **Gerber** und in Gegenwart der Herren Räthe des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts die gesetzlich geordnete Jahreskonferenz der **Bezirksschulinspektoren**, zu welcher auch die Herren Schuldirektoren Gras in Pirna, Enzmann in Mittweida, Zimmler in Reichenbach und Dr. Hanns in Zittau Einladungen erhalten hatten, in den Räumen des Kultusministeriums statt. An den Verhandlungen nahm zugleich Herr Oberkonsistorialrath Dr. Schmidt als Abgeordneter des evangelisch-lutherischen Landeskonsistoriums theil. Nach einigen einleitenden Bemerkungen seitens Sr. Excellenz wurden auf Grund der Tagesordnung Mittheilungen über süddeutsche Schulverhältnisse entgegengenommen und hauptsächlich die Fragen eingehend erörtert: Was ist zu thun, um die Schüler an größere Selbstständigkeit bei der Abfassung deutscher Aufsätze zu gewöhnen; ist der Religionsunterricht unter die obligatorischen Lehrfächer der Fortbildungsschule aufzunehmen; ist die in der Volksschule gebräuchliche Censurskala abzuändern?

— Die vielgeübte Praxis, in Ermangelung einer **Postkarte** mit Antwort zwei gewöhnliche Postkarten mit einer Stecknadel zusammenzuheften und diese dann abzusenden, ist nach Bestimmung der Postbehörden unzulässig. Solche Karten werden nicht befördert.

— Der heutigen Nummer ist für Dresden Nr. 107 des „**Gewerbeschutz**" als Sonderbeilage beigefügt.

— Mit keinem Beamten der Gerichte haben die proceßführenden Parteien so viel zu thun, als mit dem „**Gerichtsschreiber**". Seine Obliegenheiten sind die mannigfaltigsten. Da hat nun einer dieser Beamten, Herr Oskar **Börschel** in Meißen, vor Kurzem eine sehr zweckmäßige Schrift erscheinen lassen, betitelt: „Der Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten", das für Jeden, der mit dem Gerichte zu thun hat, ein sicherer Wegweiser ist. Es giebt Auskunft darüber, wie sich die klagenden und verklagten Parteien vor Gericht zu verhalten und was Alles sie zu beobachten haben, um ihr Recht zweckentsprechend zu verfolgen; über das Verhalten der Zeugen und Sachverständigen vor Gericht, über die Rechte des Beschuldigten, über das Verfahren bei Entmündigungen und Erlaß gerichtlicher Aufgebote, über das, was bei Zwangsversteigerungen von Grundstücken seitens der Gläubiger und der Bieter zu beobachten ist, über die Pflichten der Gemeinschuldner und Concurse, über Anmeldungen zum Handels-, Genossenschafts-, Zeichen- und Musterschutzgesetz und neben manchem Anderem auch darüber, welche **Gebühren** in einzelnen Fällen das Gericht, der Rechtsanwalt und der Gerichtsvollzieher fordern darf. — Der „Gerichtsschreiber beim Amtsgericht" ist also eine sehr zweckmäßige Schrift für Gewerbtreibende, Handwerker, Arbeitgeber und Arbeiter, Gemeindevorstände und Ortsrichter und zugleich auch ein praktisches Hilfsmittel für die Gerichtsschreiber selbst, die Expedienten, Copisten und Solche, die diese Beamtenlaufbahn einschlagen wollen.

— Die Eröffnung der Linie **Friedrichstraße-Striesen-Blasewitz** der Deutschen Straßenbahn findet nunmehr erst morgen, Sonntag, statt. Die amtliche Probefahrt geschieht heute Nachmittag 4 Uhr.

— In der Pragerstraße wurde am Donnerstag Nachmittag ein Markthelfer **festgenommen**, welcher mit aller Gewalt die Vorübergehenden anrempelte. Der Mensch stellte sich betrunken und wollte entfliehen, wurde aber festgehalten und durch einen Gendarmen fortgeschafft.

— Zu Ehren des Direktors der königl. Porzellanmanufaktur in Meißen, Finanzrath **Raithel**, der vor 40 Jahren in den Staatsdienst trat, fand vorgestern ein Fackelzug statt. Das Amt eines Direktors der Manufaktur bekleidet Finanzrath Raithel seit dem Jahre 1870, wo er Nachfolger seines verdienstvollen Vorgängers, Geh. Bergrath Kühn, ward. Um den Jubilar Finanzrath Raithel, der u. A. auch 12 Jahre Stadtverordneter war und seit 1868 dem Kirchenvorstande angehört, zu ehren, fanden am 1. Oktober zahlreiche Kundgebungen statt. Oberbetriebsinspektor Brannemann begrüßte den verdienten Direktor an der Spitze der Abtheilungsvorstände, Beamten, Officianten ꝛc. mit einer herzlichen Ansprache und überreichte mehrere Ehrengaben. Bürgermeister Schiffner und Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dr. Flathe brachten die Glückwünsche der Stadt dar. Im Auftrage des Kirchenvorstandes erschien Superintendent Dr. Koblischütter. — An demselben Tage feierten Zeichenlehrer Pappermann und Figurenmaler Rasch sen., Beamte der königl. Porzellanmanufaktur, ihr 40jähriges Dienstjubiläum.

— Der diesjährige auf den 20. Oktober fallende **Königsbrücker Herbstmarkt** wird wegen des Zusammentreffens mit dem Dresdner Markte auf den 27. Oktober d. J. und der für den 19. desselben Monats angesetzte Viehmarkt auf den 26. Oktober d. J. verlegt.

— Aus dem **Voigtlande** wird geschrieben: Obwohl der September durchgängig sehr schönes Wetter gebracht hat, waren doch in der vorigen Woche einige Nächte so kalt, daß die Bohnen und Georginen in den Gärten, wie auch die nachträglich noch entwickelten Blüthen an den Bäumen und Beerensträuchern erfroren sind. Die Pflaumen, welche diesmal in solcher Menge an den Bäumen hängen, daß letztere gestützt werden müssen, sind infolge des Frostes theilweise abgefallen. Die letzten Septembertage waren so warm wie die schönsten Julitage, und dadurch ist das noch unreife Getreide auf dem Felde goldgelb gefärbt worden, sodaß die Befürchtung, es werde überhaupt nicht zur Reife gelangen, unbegründet ist.

— Die Amtshauptmannschaft **Auerbach** verbot eine auf dem Körnerberge bei Klingenthal geplante sozialdemokratische Versammlung unter freiem Himmel.

— Ein in **Zwickau** erst vor zwei Tagen in Arbeit getretener Töpfergeselle aus Chemnitz, 40 Jahre alt und verheirathet, wurde vorgestern früh am Fenster eines Neubaues erhängt aufgefunden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Friedensäußerungen des Reichskanzlers v. Caprivi und des Staatssekretärs v. Bötticher werden nach der „Magdeb. Ztg." mehrfach auf einen Meinungsaustausch zwischen den Cabinetten von Berlin und Petersburg zurückgeführt. An Berliner unterrichteten Stellen weiß man davon nichts. Man glaubt indessen fest, daß die Minister ohne bestimmte Handhabe nicht in so friedlichem Sinne sich geäußert haben möchten. Thatsache ist, daß Kaiser Wilhelm anläßlich des Ablebens der Großfürstin Paul ein herzliches Beileidschreiben an den Czaren gerichtet hat, welches von diesem nicht minder herzlich beantwortet worden ist. Bekanntlich hat der russische Botschafter Graf Schuwalow ein Handschreiben des Czaren überbracht. Ob dasselbe die Antwort des Czaren auf das Condolenzschreiben enthielt, kann dahingestellt bleiben.

Das Mausoleum in Charlottenburg war am Mittwoch, dem Geburtstage der verewigten Kaiserin Augusta, das Ziel für viele Personen vornehmen und geringen Standes. Wie sehr übrigens das Mausoleum als ein Nationalheiligthum betrachtet wird, zu dem man aus allen Gegenden Deutschlands pilgert, beweist, wie Berliner Blätter melden, die Thatsache, daß an einzelnen Tagen über 1600 Personen Einlaß erhalten haben.

Es ist kaum mehr zweifelhaft, daß Graf Waldersee demnächst von seinem Altonaer Posten nach Berlin zurückkehren wird, um das Oberkommando des Gardekorps zu übernehmen. General v. Meerscheidt, der jetzige Kommandant des Gardekorps, hat sein Abschiedsgesuch erneuert; als er es im vorigen Jahre einreichte, wurde er von dem Kaiser zur Zurücknahme veranlaßt und durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet. Diesmal hat General v. Meerscheidt bereits Vorkehrungen für seinen Rücktritt in das Privatleben getroffen, und militärische Kreise erwarten mit Bestimmtheit seine Ersetzung durch den Grafen Waldersee.

Die „Hamb. Nachr." berichten, der Kaiser und die Kaiserin von Rußland kehren nach Kopenhagen zurück, feiern in Fredensborg die silberne Hochzeit und werden Ende November dem Berliner Hof einen Besuch abstatten. — Jetzt kann das Spiel wieder losgehen: Kommt er oder kommt er nicht?

Gestern Morgen um 4 Uhr stießen zwei Güterzüge bei der Station Sulzen (Württemberg) zusammen. Ein Schaffner wird vermißt. Der angerichtete Schaden ist bedeutend. Die beiden Orientexpreßzüge erlitten infolge dieses Eisenbahnunglückes eine zweistündige Verspätung.

Die Antisemiten wollen für die Reichstagsersatzwahl in Hildesheim an Stelle des verstorbenen Deutschhannoveraners von Hake-Hasperde einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Ueber die letzthin gemeldete Bluthat in Buer bei dem Stiftungsfeste des dortigen Krieger- und Landwehr-Vereins, welcher zwei Personen zum Opfer fielen, erwähnt der Reichsanzeiger einen Bericht aus der in Buer erscheinenden Volkszeitung, nach dem die Frevelthäter Sozialdemokraten waren, die schon bei dem Festzuge der Krieger durch ihre rothen Schlipse und ihr Verhalten aufgefallen waren. Sie hätten sich Nachts auf die Lauer gelegt und wären über die heimkehrenden Krieger mit scharf geschliffenen Dolchen und langen Messern hergefallen, ein Blutbad anrichtend, das aller Beschreibung spotte. Zu diesen Mittheilungen wird in einer Zuschrift des Reichsanzeigers aus Buer bemerkt: Leider entspricht jener Bericht der Buerer Volkszeitung in den Hauptzügen der Wahrheit. Der Haß gegen den Kriegerverein stammt daher, daß er unter seinen Mitgliedern eine Reihe patriotisch gesinnter Bergleute zählt, die sich dem sozialdemokratischen Allgemeinen Bergarbeiterverbande fernhalten. Auf dem Heimwege von dem Feste war ein Kriegervereinsmitglied in ein von Sozialdemokraten besuchtes Lokal eingetreten und hatte dort in angetrunkenem Zustande abfällige Bemerkungen über die Sozialdemokratie gemacht. Man warf ihn dafür unter Mißhandlungen hinaus. Zwei Sozialdemokraten folgten ihm auf dem weiteren Wege, brachten ihm Hut und Rock nach und schlossen sich denn, nachdem die inzwischen hinzugekommenen vier Kriegervereinsmitglieder den Angetrunkenen in ihre Mitte genommen hatten, einem Trupp von fünf Genossen an. Die fünf Kriegervereinsmitglieder, die sich noch nach einer Wirthschaft begeben wollten, wurden darauf an einer besonders dunklen Stelle von den sieben Sozialdemokraten überfallen und in einer jeder Beschreibung spottenden Weise mit Dolchen und langen Messern zugerichtet. Die Köpfe der auf dem Platze gebliebenen beiden Leichen waren durch Stiche und Schnitte bis zur Unkenntlichkeit entstellt .... Die Verhafteten sind sämmtlich Sozialdemokraten. Wie weiter geschrieben wird, haben anläßlich der Mordaffaire in den letzten Tagen verschiedene Bürger der Gemeinde Buer anonyme Briefe erhalten, in denen gedroht wurde, es sollte ihnen für ihre aufgeregte Haltung, die sie bei dem Transport der Mordgesellen bewiesen hätten, demnächst heimgezahlt werden. Die Briefe sind der Polizei übergeben worden.

Der Mordprozeß Heinze, welcher Berlin seit mehreren Tagen in so außergewöhnlichem Maße beschäftigte, hat, wie bereits gemeldet wurde, durch die nothwendig gewordene Vertagung ein jähes Ende genommen. Man hatte erwartet, daß am Donnerstag die Beweisaufnahme in den Mittagsstunden zu Ende geführt werden würde, daß dann die Plaidoyers des Staatsanwalts und der Vertheidiger erfolgen und am späten Abend dieses merkwürdige Schwurgerichts-Drama seinen Abschluß erreichen würde. Durch alles Das hat der wackere Heinze einen dicken Strich gemacht. Als er zuerst verlangte, daß halb Plötzensee geladen werden sollte — u. A. übrigens ein Kaufmann Namens Karl Moor — lächelte man; als dann aber von ihm der Antrag gestellt wurde, daß der Zeuge Just in Chicago vernommen werde, war es klar, was er bezweckte — die Hinausschiebung des Verfahrens. Er scheint das Zuchthaus gefürchtet und sich gesagt zu haben: „Hier im Untersuchungsgefängniß ist es viel gemüthlicher und auch die Kost nicht übel!" Im Untersuchungsgefängniß beschäftigt sich Heinze mit Wollezupfen und benimmt sich musterhaft. Im Gegensatz zu ihrem Manne muß Frau Heinze auf ihre Freisprechung gerechnet haben. Ihre Schwester hatte am Donnerstag schon einen Hut und einen Mantel für die Angeklagte, welche diese Kleidungsstücke nach ihrer Entlassung anlegen sollte, mit nach dem Gerichtsgebäude gebracht. Der letzte Verhandlungstag bot sonst nichts Interessantes.

Der Mörder des Revierjägers Weniger in Hirschberg, auf dessen Ergreifung ein Preis von 600 Mk. gesetzt war, ist jetzt ermittelt. Es ist ein nach Amerika ausgewanderter Glaser aus Flinsberg.

Ein Offiziersbursche des 17. Infanterieregiments in Germersheim hatte sich am Sonntag Abend den „Scherz" erlaubt, mit einem Freunde, einem Schreinergesellen, in den Uniformen des Leutnants Wachen und Posten zu revidiren. Die Sache wurde am nächsten Morgen natürlich ruchbar, und jetzt hat sich der Bursche aus Furcht vor der Strafe eine Kugel in die Brust gejagt. An der Verwundung wird er wahrscheinlich sterben.

Oesterreich. Die österreichischen Zeitungen heben anläßlich der Legung von Bomben bei der Station Rosenthal die fast einzig dastehende Popularität des Kaisers von Oesterreich hervor, welche sich von Neuem bekunde in dem unter der Wiener Bürgerschaft aus freien Stücken aufgetauchten Gedanken, dem nach Wien zurückkehrenden Kaiser als dem edelsinnigen Friedensfürsten und warmherzigen Vermittler zwischen den verschiedenen Reichsstämmen einen großartigen Festempfang zu bereiten. — Des Weiteren wird gemeldet, daß die aufgefundenen Bombensplitter weder aus Eisen, noch aus Blei, sondern aus einer eigenthümlichen, selbst den Fachmännern unbekannten Gußmasse bestehen.

Die Rückfahrt des Kaisers nach Prag gestaltete sich zu einem wahren Triumphzuge. Freudenfeuer flammten auf den Höhen, alle Stationsorte, die Fabriken und Schlösser waren glänzend illuminirt, auf den Stationen selbst hatten sich Hunderte von Lampionträgern aufgestellt, welche brausende Hoch- und Slavarufe auf den Kaiser ausbrachten. Der Kaiser ließ wiederholt halten, verließ den Waggon und sprach persönlich seinen Dank aus.

Ueber das Attentat bei Reichenberg liegen folgende, ausführlichere Mittheilungen vor: Etwa hundert Schritt vor dem Stationsgebäude Rosenthal ist ein Dammdurchlaß. Unter der kleinen Brücke desselben führt eine Straße von Rosenthal nach dem Dorfe Hannichen. Dieser Durchlaß, der sehr massiv konstruirt ist — der Damm ist mit großen Quadern verkleidet — hat eine Breite von 5¾ Metern und eine Höhe von 3¼ Metern. In dem Damme sind unter der Brücke kleine Wasserableitungsschläuche von ¼ Meter Tiefe. In einen dieser Schläuche wurden nun Donnerstag Nachts zwei kleine Bomben gelegt. Eine derselben explodirte um ¾ 12 Uhr, die andere etwa zehn Minuten später. Ein furchtbarer Knall, den man bis Reichenberg hörte, schreckte die Bewohner von Rosenthal auf. In dem dem Damme nächstgelegenen Bauernhäuschen zersprangen die Fenster. Die Bewohner des Dorfes wagten sich anfangs nicht aus den Häusern; erst nach einigen Minuten stürzten sie auf den Platz, wo sie rathlos durcheinander schrieen. Unterdessen war der Stationsvorstand von Rosenthal herbeigestürzt. Er war bei einem Fabrikanten in Rosenthal gewesen, als er die erste Detonation hörte, und kam unmittelbar nach der zweiten Detonation. Die Explosion hatte keinen großen Schaden angerichtet; rechts und links waren im Damme unter der Brücke Quadern herausgerissen, die, mit Schutt und Erde vermengt, auf dem Boden lagen. Es zeigte sich, daß die Detonation von zwei Wasserleitungsschläuchen ausgegangen war, die höher als fünf Fuß über dem Boden liegen. In diese hatte eine verbrecherische Hand die Bomben gelegt. Man fand ihre Splitter unter den Steinen auf dem Boden. Ueber den Splittern lagen zwei abgerissene rothe Zünddrähte. Der Stationsvorstand veranlaßte sofort die Herstellung des Schadens. Die Polizei konnte nur die That feststellen, aber keine Spur des Thäters finden. Man erkannte, daß der Thäter nicht Zeit genug hatte, die Bomben, die mit Nitroglycerin gefüllt waren, tief genug in den Wasserleitungsschlauch zu legen. Hätte er dies